

FAKTEN UND ARGUMENTE GEGEN FALSCHHEITEN

Für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit!

THESE 1: DER KLIMAWANDEL IST EIN NATÜRLICHES PHÄNOMEN

Ohne die Ozonschicht und dem damit verbundenen natürlichen Treibhauseffekt wäre Leben auf diesem Planeten nicht möglich. Doch das Ausmaß an planetarer Erwärmung, die wir heute erleben, ist nicht mehr natürlich. Der Mensch hat den natürlichen Effekt durch die Verbrennung von fossilen Rohstoffen wie Öl, Gas und Kohle und dem damit einhergehenden massiven Ausstoß von Treibhausgasen wie CO₂, Methan, FCKW und Distickstoffoxid vorangetrieben und verstärkt. Berechnungen des IPCC (zwischenstaatliche Sachverständigengruppe für Klimaveränderungen) zeigen, dass mindestens 50% der von 1951 bis 2010 beobachteten Erwärmung von Menschen verursacht wurden. Ein Viertel der ausgestoßenen Treibhausgase wird dabei dem Energiesektor zugeschrieben, wobei in den letzten 200 Jahren die meisten Emissionen von den Ländern des Globalen Nordens ausgestoßen wurden.

THESE 2: DER ABBAU VON BRAUNKOHLE IST NICHT DER ENTSCHEIDENDE FAKTOR FÜR DEN KLIMAWANDEL

Die Verstromung von Braunkohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung, bei der unter allen fossilen Energieträgern das meiste CO₂ ausgestoßen wird. Die Verstromung ist dabei besonders ineffizient, weil der Wirkungsgrad von Braunkohle sehr gering ist: Nur ca. 36 Prozent der eingesetzten Energie kann in Strom umgewandelt werden.

Circa 80 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen im Stromsektor entfallen auf die Braun- und Steinkohle, obwohl die Kohleverstromung nur 45 Prozent der elektrischen Energie erzeugt. Das Rheinische Revier ist sogar die größte CO₂-Quelle Europas. Deutschland verbrennt so viel Braunkohle wie kein anderes Land und steht auf Platz 6 der Länder, die die meisten Treibhausgasemissionen verursachen. Somit ist es in Deutschland vor allem die Braunkohle, die den Klimawandel mit anheizt.

Die Nutzung der Braunkohle gefährdet zudem den Ausbau der Erneuerbaren Energien, da die Braunkohlekraftwerke nicht flexibel heruntergefahren werden können, also dauerhaft laufen und damit die Stromnetze verstopfen.

THESE 3: IN DEUTSCHLAND MERKT MAN NICHTS VOM KLIMAWANDEL

In den Ländern des Globalen Südens sind die Auswirkungen des Klimawandels durch Wetterextreme schon jetzt besonders stark und drängen Menschen in Armut und Migration. Hieran wird deutlich, dass die hohen Kosten der Klimafolgen die Menschen am härtesten treffen, die am wenigsten dazu beigetragen haben.

Doch auch in Deutschland haben wir es mit immer mehr Starkregen, Überschwemmungen und Hitzewellen zu tun. Landwirte klagen schon jetzt über unberechenbare Klimaveränderungen, die mit Ernteverlusten einhergehen. Auch das Abschmelzen des Polareises, der Anstieg des Meeresspiegels und der weitreichende Verlust von Artenvielfalt sind wissenschaftlich nachgewiesen und werden langfristig auch in Deutschland zu spüren sein. Außerdem sind viele Folgen des Braun-

kohleabbaus direkt vor Ort erkennbar: Ganze Dörfer werden umgesiedelt und Menschen werden vertrieben – in Deutschland mussten innerhalb von 90 Jahren über 230 Siedlungen mit insgesamt 110.000 Menschen den Braunkohlegruben weichen.

Braunkohle zerstört auch andere Einkommensmöglichkeiten bspw. durch Tourismus, denn wo Gewässer verockern und die Gefahr von Erdbeben steigt, will keiner mehr Urlaub machen. Die Kraftwerke und Tagebaue emittieren zudem Feinstaub und Quecksilber in hohen Maßen und setzen sogar Uran frei. In der EU gehen Untersuchungen von 30 Millionen Krankheits- und Todesfällen aus, die direkt durch die Emission der Kohlekraftwerke entstehen. Nicht zuletzt belasten die Tagebaue das Trinkwasser durch die hohen Sulfatwerte, die nicht nur in den Revieren, sondern auch in Großstädten stromabwärts bereits deutlich die Grenzwerte erreichen.

THESE 4: DEUTSCHLAND IST SPITZENREITER IM KLIMASCHUTZ

Deutschland ist der weltgrößte Produzent von Braunkohlestrom und damit trauriger Weltmeister! Gut ein Viertel der deutschen Stromproduktion wird aus Braunkohle gewonnen. Der Anteil von Braun- und Steinkohle am deutschen Strommix ist in den Jahren von 2010 zu 2015 sogar von 41,5 auf 45,5 Prozent gestiegen.

Das steht im krassen Gegensatz zum Klimaschutzplan 2050 und den in Paris leider nicht verbindlich vereinbarten Klimazielen: Eigentlich hat die Bundesregierung beschlossen, den Treibhausgasausstoß in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent zu senken. 2013 ist der deutsche Ausstoß zuletzt allerdings wieder um etwa 1,2 Prozent angestiegen – vor allem wegen der steigenden Kohleverstromung.

Hinzu kommt, dass es auf politischer Ebene zu Rückschritten kommt, da die Novelle des EEG den Ausbau der Erneuerbaren zusätzlich erschwert: Der Ausbau soll bis 2050 auf maximal 40 Prozent gedeckelt werden. Somit wird deutlich, dass die unzureichenden Klimaschutzziele Deutschlands und eine Reduktion der Emissionen um 90 Prozent bisher nur auf dem Papier bestehen. Die Große Koalition drückt sich bisher auch erfolgreich darum, eine Kommission für den notwendigen Kohleausstieg einzusetzen und damit ein Ausstiegsdatum festzulegen. Auch die neue Koalition in NRW hat die zaghaften klimapolitischen Vorhaben der Vorgängerregierung noch weiter zurück geschraubt: Sie will den Ausbau der Erneuerbaren Energien an stärkere Vorgaben koppeln und hat wie die Vorgängerregierung keine Pläne für den Kohleausstieg.

THESE 5: WIR BRAUCHEN DIE BRAUNKOHLE FÜR DIE ENERGIEGEWINNUNG, SONST WIRD DER STROM TEURER

Die Verstromung von Braunkohle ist nur deshalb so günstig, weil sie vom Staat subventioniert wird – 960 Millionen Euro fließen jährlich direkt oder indirekt in die Braunkohleverstromung. Rechnet man noch die Folgekosten hinzu – wie Emissionen oder Grundwasserabsenkungen – entstehen jährlich sogar Kosten von 4,5 Milliarden Euro.

Darüber hinaus werden zurzeit erhebliche Überkapazitäten produziert – die zu viel produzierten 10 GW entsprechen ungefähr der Leistung von der Hälfte aller Braunkohlekraftwerke und werden zurzeit exportiert. Nachbarländer sind bereits verärgert, weil deutscher Braunkohlestrom auch

FAKTEN UND ARGUMENTE GEGEN FALSCHES THESEN

Für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit!

dort die Netze verstopft.

Gleichzeitig gibt es heute schon Menschen, die sich ihre Stromrechnung nicht leisten können: Rund 350.000 Stromabklemmungen gibt es jedes Jahr. Während Energiekonzerne dank Subventionen also weiter Gewinn machen können, ist Energiearmut in Deutschland bereits heute ein Problem.

Bei den Erneuerbaren Energien besteht ein dringender Ausbaubedarf: Insbesondere Speichertechnologien müssen zuverlässigen Strom für wolkenreiche und windarme Tage sichern. Technisch ist eine stärkere Nutzung von Erneuerbaren Energien machbar, die Beschleunigung der Energiewende bleibt bisher eine politische Entscheidung.

Braunkohlekraftwerke sind hingegen als Brückentechnologie völlig ungeeignet, weil sie sich nicht flexibel bei Bedarf an- und abschalten lassen, sondern die ganze Zeit durchlaufen müssen. Nicht zuletzt müssen auch Konzepte entwickelt werden, um Energieversorgung dezentral im Sinne der Menschen, nicht der Profite zu organisieren und um den absoluten Energieverbrauch zu senken – das ist dann automatisch kostengünstiger.

THESE 6: DER PROTEST DER KLIMAGERECHTIGKEITSBEWEGUNG RICHTET SICH GEGEN DIE BESCHÄFTIGTEN

Die Proteste der vielfältigen Klimagerechtigkeitsbewegung richten sich gegen den Abbau und die Verstromung der klimaschädlichen Braunkohle. Dabei ist den Aktivistinnen und Aktivisten bewusst, dass mit der Forderung nach einem sofortigen Kohleausstieg auch tausende Arbeitsplätze gefährdet sind und sich die Beschäftigten daher Sorgen um ihre finanzielle und soziale Absicherung machen. Vorschläge und Lösungen kommen daher verstärkt auch aus der Klima- und Umweltbewegung (siehe These 7)

Die Proteste setzen sich für Menschen ein: Für einen sozialverträglichen Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten in den Braunkohleregionen, aber eben auch für die Menschen, deren Dörfer für die Braunkohle abgebaggert werden sollen und für die Menschen im Globalen Süden, die durch die Folgen des Klimawandels ihre Lebensgrundlagen verlieren. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen materiell und sozial abgesichert sind und die natürliche Umwelt erhalten bleiben kann.

THESE 7: OHNE BRAUNKOHLE WIRD ES TAUSENDE ARBEITSLOSE GEBEN

In deutschen Braunkohlebetrieben sanken – ganz ohne Kohleausstieg – die Beschäftigungszahlen von 1990 mit 130.000 Beschäftigten auf heute 21.000. Braunkohle ist nicht mehr rentabel, daher werden die Arbeitsplätze ohnehin bald wegfallen und ein Umbau ist unausweichlich. Auch wenn mehr als die Hälfte der Belegschaft kurz vor der Rente steht und ein großer Teil für die Renaturierungsarbeiten in den Revieren gebraucht wird, müssen wir schauen, wie wir diesen Wandel gerecht gestalten können. Die aktuelle Situation im Ruhrgebiet zeigt, was passiert, wenn Industrie und Politik die Kohlebeschäftigten im Stich lassen.

Forderungen nach einem gerechten Übergang (*Just Transition*) kommen ursprünglich von der

internationalen Gewerkschaftsbewegung und werden nun auch von der Umwelt- und Klimabewegung aufgenommen. Zur Verantwortung müssen die Unternehmen gezogen werden, die jahrelang Gewinne eingestrichen haben. Ein gerechter Strukturwandel sollte kooperativ und solidarisch gestaltet werden.

Viele Menschen der Umwelt- und Klimabewegung sind an einer engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften interessiert, um gemeinsam Konzepte zu entwickeln, die Klimaschutz und soziale Absicherung in Einklang bringen. Denn der Schutz des Klimas kann nur nachhaltig sein, wenn er auch sozial gerecht gestaltet wird.

Gewerkschaften müssen zukunftsorientiert handeln und sind daher als zentraler Partner gefragt. Sie müssen auch für gute Arbeitsbedingungen in der Branche der Erneuerbaren Energien sorgen, wo im Jahr 2013 schon 6,5 Millionen Menschen beschäftigt waren – Tendenz steigend. In Nordrhein-Westfalen zeigt sich schon heute, wo die Arbeitsplätze der Zukunft liegen: 50.000 Menschen sind hier bereits im Bereich der Erneuerbaren Energien beschäftigt, 9.000 noch in der Braunkohleindustrie.

Zusätzlich sollte über neue Perspektiven der sozialen Absicherung gesprochen werden: Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, kostenlose Weiterbildungen und Umschulungen sowie Grundeinkommen sind politische Optionen, die gerade für Beschäftigte aus Umbruchsindustrien interessant sein können.

THESE 8: DIE KLIMA-AKTIVISTINEN UND -AKTIVISTEN SIND GEWALTÄTIG UND NUR AUF RANDALE AUS

Der Protest gegen die Braunkohle ist sehr vielfältig: Neben Bürgerinitiativen engagieren sich Menschen seit vielen Jahren in Demonstrationen, über Petitionen und auch in Blockaden und Besetzungen. Die Klimabewegung steht dabei in einer langen Tradition von zivilgesellschaftlichen Protesten, z.B. gegen die Atomkraft in Deutschland. Viele Aktionen bewegen sich dabei in einem legalen Rahmen und sind durch das Grundgesetz mit dem Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit geschützt.

Andere Akteure wie *Ende Gelände* nutzen die Aktionsform des zivilen Ungehorsams, wobei sie dafür einen gemeinsamen Aktionskonsens formulieren. In diesem heißt es u.a.: „Wir werden uns ruhig und besonnen verhalten, von uns wird keine Eskalation ausgehen, wir gefährden keine Menschen.“ Für die Aktivistinnen und Aktivisten in der Klimabewegung hat die körperliche Unversehrtheit aller Beteiligten und Betroffenen oberste Priorität.

Nicht zuletzt sehen viele Menschen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung und die Anwohner und Anwohnerinnen, die von Umsiedlungen betroffen sind, den Abbau der Braunkohle als eine Form von Gewaltausübung, die der Natur, den Menschen vor Ort und auch zukünftigen Generationen angetan wird. Deshalb bedeutet ein vollständiger Gewaltverzicht für viele Klimagerechtigkeitsaktivistinnen und -aktivisten, dass auch der Abbau der Braunkohle beendet werden muss.

QUELLEN:

Bayerischer Landtag (2015): Drucksache 17/7078

BUND (2017): Klimaschutz jetzt! Die zentralen Aufgaben für die nächste Bundesregierung.

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (2017): Kurzanalyse der nationalen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2016

BWK (2009): CO₂-Emissionen der Stromerzeugung. Ein ganzheitlicher Vergleich verschiedener Techniken

Ende Gelände (2017): Aktionskonsens 2017.

Forum Sozial-Ökologische Marktwirtschaft (2015): Entwicklung von Stein- und Braunkohlekapazitäten im deutschen Kraftwerkspark

Fraunhofer Institut System- und Innovationsforschung (2006): Externe Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Vergleich zur Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern

Heinrich-Böll-Stiftung/BUND (2015): Kohleatlas 2015

Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (2016): Importabhängigkeit und Energiewende – ein neues Risikofeld der Versorgungssicherheit?

Öko-Institut Prognos (2017): Zukunft Stromsystem: Kohleausstieg 2035 – vom Ziel her denken.

Perspective Daily (10.8.2017): Interview mit Peter Altmaier: <https://perspective-daily.de/article/318/YjkiPNMN>

Politische Ökologie 2017: Kursbuch Kohleausstieg – Szenarien für den Strukturwandel

Umweltbundesamt (2004): Hintergrundpapier zum Gutachten: „Braunkohle – ein subventionsfreier Energieträger?“

Umweltbundesamt (2015): Daten und Fakten zu Braun- und Steinkohlen. Status quo und Perspektiven

Umweltinstitut München e.V., u.a (2017): Kohleausstieg 2020 – Technisch machbar und klimapolitisch notwendig.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (2004): Braunkohle – ein subventionsfreier Energieträger?